

# Einsatz für Glaubensfreiheit ist hochaktuell

Im Gespräch mit Frank Schwabe, Beauftragter der Bundesregierung für weltweite Religions- und Weltanschauungsfreiheit

Foto: Photothek



Am 5. Januar 2022 wurde der Bundestagsabgeordnete Frank Schwabe (SPD) zum Beauftragten der Bundesregierung für Religions- und Weltanschauungsfreiheit ernannt. Die Stelle ist im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung angesiedelt. Dem Bundestag gehört Schwabe seit 2005 an. Seit acht Jahren ist er auch Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarats, der ältesten europäischen Menschenrechtsinstitution. Aktuell ist er Vorsitzender der Fraktion Sozialisten, Demokraten und Grüne sowie Leiter der Delegation des Deutschen Bundestags zur Parlamentarischen Versammlung. Das Interview führten Enno Haaks und Maaja Pauska.

**Sie sind evangelischer Christ. Welche Rolle spielt für Sie Ihr Glaube für Ihr neues Amt?**

Das ist keine Grundvoraussetzung. Aber es hilft sicher, Türen zu öffnen, hilft, besser gehört zu werden, wenn das Gegenüber weiß, dass mir Religion etwas bedeutet. Und es hilft mir selbst natürlich auch, besser zu verstehen, dass ihre Religion für viele Menschen weltweit ein zentrales Element des Lebens ist.

**Ist es heute nicht antiquiert, über Glaubensfreiheit zu reden? Reicht nicht ein Einsatz für Menschenrechte allgemein aus?**

Es gibt ja nun eine ganze Reihe unterschiedlicher Menschenrechte. Das Recht auf Versammlungsfreiheit, auf die Freiheit des Wortes, das Recht auf Gleichberechtigung der Geschlechter. Es ist sehr gut, Menschenrechte in ihrer jeweiligen Dimension stärker zu beleuchten. Um zu

verstehen, wo und wie sie bedroht sind und was man gegen diese Bedrohungen tun kann. Das Recht auf Glaubens- und Weltanschauungsfreiheit ist ein solches Menschenrecht. Eingebettet in den ganzen Kanon der Menschenrechte. Aber im Besonderen bedroht in vielen Teilen der Welt und deshalb ist der Einsatz dafür alles andere als antiquiert, sondern hochaktuell.

**Hat die Religionsfreiheit in der Außenpolitik eine Chance, wenn wirtschaftliche oder politische Interessen im Spiel sind?**

Die Religions- und Weltanschauungsfreiheit hat eine Chance. Aber es ist wie bei allen Menschenrechten. Sie müssen immer wieder in Erinnerung gebracht und immer wieder neu erstritten werden. Das will und werde ich gern tun.

**Welche Erfahrungen haben Sie seit Amtsantritt machen können?**

Ich bin beeindruckt von der Vielfalt der Szene in Deutschland, aber auch weltweit. Mittlerweile habe ich bereits um die 50 Gespräche absolviert. Und meistens kommen die Bitten dazu von kirchlichen Organisationen und internationalen Akteuren. In Europa sind die Briten und die Niederländer besonders aktiv und haben etablierte Strukturen auf der Ebene der Regierungen.

**Welche Akzente wollen Sie in ihrem Amt setzen?**

Ich will alles das tun, was von mir wahrscheinlich erwartet wird und auch er-

wartet werden muss: nämlich mich für jeden Einzelfall einzusetzen, der an mich herangetragen wird. Und die Länder besonders zu beleuchten, in denen das Recht auf Religions- und Weltanschauungsfreiheit besonders verletzt wird. Aber ich will auch neue Akteure für das Thema gewinnen, neue Facetten aufzeigen, noch nicht so erprobte Perspektiven einnehmen. So interessiert mich beispielsweise sehr die Lage von Indigenen. Sie sind nicht nur oftmals einem Mangel an Freiheit ihrer Religionsausübung ausgesetzt, sondern es geht oft gleichzeitig um Landkonflikte oder Auseinandersetzungen rund um Infrastrukturprojekte, die aber oft mit religiösen Orten und Riten verbunden sind.

**„... wollen wir allen Menschen Gutes tun, besonders denen, die mit uns durch den Glauben verbunden sind“, lautet der Leitspruch des GAW. Welche Impulse löst dieser Satz aus Galater 6,10 bei Ihnen aus?**

Ich halte es mehr mit dem ersten Teil des Satzes. Aber ich verstehe, dass sich Religionsgemeinschaften – wie auch andere Teile von Gesellschaften oder Nationen – aus der eigenen Perspektive zunächst mit dem Schicksal derjenigen auseinandersetzen, die ihnen besonders nahestehen. Aber ich bin dankbar, wenn dieses Engagement in einen Gesamtkontext von Religions- und Weltanschauungsfreiheit eingebettet wird. Und das tun Sie ja.

**Haben Sie bei Ihren Auslandsbesuchen z. B. im Rahmen des Europarats auch Kontakt mit evangelischen Minderheiten gehabt? Werden sie diese Minderheiten auch künftig in den Blick nehmen?**

Da fällt mir auf Anhieb keine Begegnung ein. Aber im weltweiten Kontext gab es zahlreiche Begegnungen mit dem The-

ma Religionsfreiheit. Dabei ging es um die Lage auch von Christen im indischen Manipur, die Lage der muslimischen Rohingya in Myanmar oder wiederum die Lage von Christen in Vietnam.

**In Ländern wie Syrien oder Venezuela erschweren politische Boykotte die Unterstützung des GAW für die Partnerkirchen, vertiefen die Not der Menschen und bedrohen die Existenz dieser Kirchen. Was kann man da tun?**

Ein ganz schwieriges Thema. Ich bin hin- und hergerissen und sehe, welches Leid auch durch Sanktionen ausgelöst wird. Aber schwerste Menschenrechtsverbrechen dauern in Syrien an, in Venezuela werden Andersdenkende unterdrückt. Da ist es schwer und auch den Menschenrechten nicht angemessen, zu einem normalen Umgang zurückzukehren. Heute jedenfalls nicht.

## Wo Panzer rollen, gibt es keine Glaubensfreiheit

In der Nähe von Leipzig gibt es einen Gedenkstein, der an den Namensgeber des GAW, Gustav II. Adolf von Schweden erinnert. Auf diesem Stein ist von „Glaubensfreiheit für die Welt“ die Rede.

Die Forderung nach weltweiter Glaubensfreiheit ist kein Relikt aus dem 30jährigen Krieg, sondern hochaktuell, denn „das Recht auf Glaubens- und Weltanschauungsfreiheit ist in vielen Teilen der Welt bedroht“, wie Frank Schwabe in seinem Interview sagt.

Zwei Beispiele: Am Sonntag Reminiszenz, dem Gedenktag für bedrängte und verfolgte Christen, war ich für den Gottesdienst im Berliner Dom verantwortlich. Die Gemeinde hörte den Bericht eines jungen belarussischen Studenten aus der lutherischen Gemeinde in Grodno. Nach der manipulierten Präsidentschaftswahl in Belarus wurde er bei einer der großen Demonstrationen festgenommen und verbrachte neun Tage im Gefängnis. Dort wurde er unmenschlich behandelt und es wurde ihm Folter angedroht. Inzwischen ist er aus dem Land geflohen. Wörtlich sagte er: „Ich weiß nicht, ob ich nach Bela-

rus zurückkehren kann. Ich weiß nicht, was die Zukunft bringt. Aber ich glaube trotzdem noch an Jesus Christus. Ich glaube, dass der Tod bereits besiegt wurde.“ Diese Worte zeigen, wie ein Mensch durch seinen Glauben in Bedrängnis geraten kann – und dennoch innerlich frei bleibt. In seinem Bericht nahm der junge Mann auch Bezug auf den Krieg in der Ukraine: „Unser Glaube wird unter den Ruinen der friedlichen ukrainischen Häuser begraben. Unsere Hoffnung wird unter dem Gewicht der russischen Panzer zermalmt.“ Nicht nur ich war sehr berührt.

Wenige Tage zuvor hatte ich Kontakt zu Erzbischof Dietrich Brauer von der Evangelisch-Lutherischen Kirche im Europäischen Russland. Nach dem Beginn des Krieges gegen die Ukraine könne er zu dem, was in seinem Land geschieht, nicht mehr schweigen, sagte er. Den aktuell Herrschenden dürfe man nicht kritisieren. Den Krieg dürfe man nicht als Krieg, die Manipulation der Menschen nicht als Lüge bezeichnen. Meinungs- und Gewissensfreiheit gebe es nicht mehr. „Wie kann man dann noch Kirche Jesu Christi sein?“ Dietrich Brauer musste das Land verlassen.



Zwei Beispiele für eingeschränkte Glaubensfreiheit aus den GAW-Partnerkirchen. Zugleich werden zwei unserer ukrainischen Partnerkirchen durch den verheerenden Krieg in ihrer Existenz bedroht. Wo Panzer rollen und Bomben fallen, gibt es ganz sicher keine Glaubensfreiheit.

„Glaubensfreiheit für die Welt“. Dafür macht sich nicht nur der Beauftragte der Bundesregierung stark. Dafür setzt sich auch das GAW ein. Denn: „Wenn ein Glied leidet, so leiden alle Glieder mit.“ (1. Korinther 12, 26)

Prälat Martin Dutzmann  
Präsident des GAW